

**Konstituierende Sitzung des Deutschlandradio-Verwaltungsrates (VII. Amtsperiode), 9. April 2024 / Ergebnisse, Teilnehmerinnen und Teilnehmer****Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzung**

Der Verwaltungsrat von Deutschlandradio hat in seiner konstituierenden Sitzung zur 7. Amtszeit am 9. April 2024 in Köln die Verwaltungsdirektorin des ZDF, Karin Brieden, zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie folgt auf Tom Buhrow (WDR), der dem Gremium in der vorangegangenen Amtszeit vorstand und der nun zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Turnusmäßig wechseln sich ARD und ZDF an der Spitze des Verwaltungsrates ab. Der Verwaltungsrat besteht aus zwölf Mitgliedern. Die vertrags-schließenden Länder entsenden drei Vertreter. Für das Land Berlin ist Florian Graf (Staatssekretär und Chef der Senatskanzlei) im Gremium, für das Land Nordrhein-Westfalen Dr. Bernd Schulte (Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei). Nachdem das Land Hessen seit Anfang 2024 einen Vertreter in den Hörfunkrat entsendet, ist seit dieser Amtszeit das Land Rheinland-Pfalz mit Fabian Kirsch (Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei) im Verwaltungsrat vertreten. Für die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten gehören Dr. Yvette Gerner (Intendantin von Radio Bremen), Joachim Knuth (Intendant des NDR) und Tom Buhrow (Intendant des WDR) dem Gremium an. Das ZDF ist durch Karin Brieden (Verwaltungsdirektorin), Dr. Norbert Himmeler (Intendant) und Peter Weber (Justitiar) im Verwaltungsrat vertreten. Dem Verwaltungsrat gehören darüber hinaus zwei vom Hörfunkrat gewählte Sachverständige an: Prof. Dr. Volker Lilienthal wurde für den Bereich Rundfunkrecht, Medienwirtschaft oder Medienwissenschaft erneut gewählt, Dr. Thomas Wagenknecht für den Bereich Wirtschaftsprüfung oder Betriebswirtschaft gehört dem Gremium erstmals an. Ein Vertreter des Bundes, der von der Bundesregierung entsandt wird, wurde bis Sitzungsende noch nicht benannt.

In der Sitzung befasste sich das Gremium ferner mit:

- **Ausführung des Wirtschaftsplans 2023** (Stand: 31. Dezember 2023)

Die im Vergleich zur September-Hochrechnung eine deutliche Verbesserung aufzeigt. Für das Haushaltsjahr 2023 erwartet Deutschlandradio keine Rücklagenauflösung mehr, sondern geht sogar von einer Rücklagenzuführung von rd. 15,2 Mio. € aus. In der Planung hatte Deutschlandradio noch mit einer Auflösung in Höhe von 9,4 Mio. € gerechnet. Die Verbesserung ergibt sich zum einen aus der Zuweisung aus dem Ertrags- und Aufwandsplan und hier insbesondere aus höheren Beitragserträgen (+ 5,0 Mio. €, zuletzt + 2,0 Mio. €), geringeren Personalaufwendungen (- 10,2 Mio. €, zuletzt 5,0 Mio. €) sowie geringeren Sonstigen Aufwendungen (- 9,3 Mio. €, zuletzt - 5,7 Mio. €). Hier haben sich insbesondere die geringeren Instandhaltungskosten (6,0 Mio. €, zuletzt + 3,2 Mio. €) ausgewirkt. Die Investitionen werden nun rd. - 3,2 Mio. € unter Plan erwartet (zuletzt - 1,5 Mio. €).

- **(D)einSAP/DDSAP-Gesamtkostenschätzung**

Diese werden sich für die Jahre 2017 bis 2028 auf insgesamt 3,6 Mio. € belaufen. Davon betreffen 2,3 Mio. € die anteiligen Kosten von Deutschlandradio im zentralen (D)SAP-Projekt. 1,3 Mio. € betreffen das Deutschlandradio-Umsetzungsprojekt DDSAP. Das (D)SAP-Projekt geht für die Welle-3-Anstalten - so werden die Anstalten mit dem letzten Einführungsstermin genannt - bei einem Gesamtbudget von 59 Mio. € davon aus, dass die Budgets auskömmlich sein werden.

- **Aufwendungen für Erdgaslieferungen/Funkhaus Köln**

Insbesondere aufgrund des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine haben sich die Gaspreise im vergangenen Jahr verdoppelt. Deutschlandradio rechnet nun statt der geplanten 1,0 Mio. € mit gut 2,0 Mio. €.

- **Ergebnissen aus den Entscheidungen der KEF zum 24. Bericht**

Nach Prüfung der Finanzbedarfsanmeldungen von ARD, ZDF und Deutschlandradio empfiehlt die KEF, den monatlichen Beitrag von 18,36 € auf 18,94 € zu erhöhen. Von der Beitragserhöhung entfallen 43 Cent auf die ARD, 14 Cent auf das ZDF und 1 Cent auf den Anteil der Landesmedienanstalten. Die Veränderung des Beitragsanteils für Deutschlandradio um -0,41 Cent liegt unterhalb der in ganzen Cent darstellbaren Schwelle und ergibt auf ganze Cent gerundet einen Anteil von 53 Cent.

Die Feststellung der KEF berücksichtigt eine Kürzung der von ARD, ZDF und Deutschlandradio angemeldeten ungedeckten Finanzbedarfe in Höhe von 2.910,7 Mio. € (ARD: 2.079,3 Mio. €, ZDF: 779,4 Mio. €, Deutschlandradio: 52,0 Mio. €) um 1.838,6 Mio. €. Davon entfallen 950,3 Mio. € auf Aufwandsreduzierungen, 613,9 Mio. € auf Ertragszuschätzungen und 274,4 Mio. € auf Korrekturen bei den anrechenbaren Eigenmitteln.

Dem Geschäftsvorgang **Erdgaslieferung** hat der Verwaltungsrat ebenso zugestimmt wie der **Verlängerung des Anstellungsvertrages des Hauptabteilungsleiter Technik** (13.530 € brutto bei zwölf Gehaltszahlungen im Jahr).

Bei der Entscheidung über **Sanierungsmaßnahmen in beiden Funkhäusern** hat sich das Gremium vertagt. Deutschlandradio wurde gebeten, zur Juni-Sitzung zunächst eine detaillierte Auflistung der unbedingt notwendigen Sofortmaßnahmen vorzulegen.

**Folgende Mitglieder des Verwaltungsrates haben an der Sitzung teilgenommen:**

Karin Brieden, ZDF (Vorsitzende) / Tom Buhrow, ARD (stellv. Vorsitzender) / Dr. Yvette Gerner, ARD / Dr. Norbert Himmler (ZDF) / Fabian Kirsch (Rheinland-Pfalz) / Joachim Knuth (ARD) / Dr. Bernd Schulte (NRW) / Dr. Thomas Wagenknecht (Sachverständiger) / Peter Weber (ZDF).

\* \* \*

Zusätzliche Informationen zum Deutschlandradio Verwaltungsrat, über seine Mitglieder und Arbeitsschwerpunkte finden sich unter <http://www.deutschlandradio.de/gremien>